

# „Grüne haben Potenzial zur Volkspartei“

Welche Wählergruppen bedienen die Grünen in Hannover? Können sie vom derzeitigen Aufwind ihrer Partei profitieren? Fragen an einen Politikwissenschaftler.

Herr Prof. Lange, die Grünen werben aktuell mit dem Slogan „Hannover ist grün“ und meinen das natürlich doppeldeutig. Liegt die Partei richtig?

Zumindest liegt sie im Trend. Denn seit der Reaktor Katastrophe in Japan haben grüne Themen, allen voran der Ausstieg aus der Atomenergie, an Bedeutung gewonnen, sodass auch andere Parteien gezwungen sind nachzulegen. Hannover kann sogar noch grüner werden, um im Bild zu bleiben, denn die Wähler setzen auf das Original. Sie glauben, dass die Grünen den Ausstieg aus der Kernkraft schneller vorantreiben können, als andere Parteien.

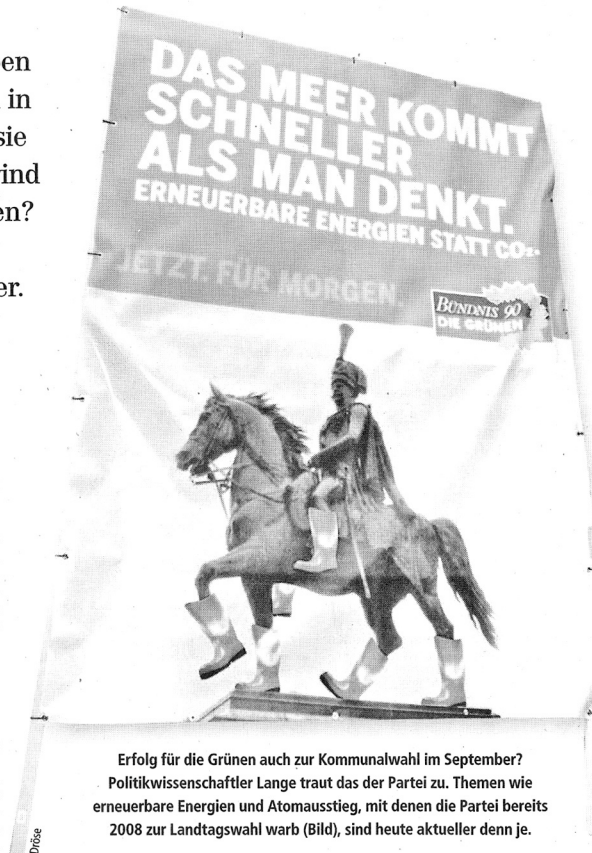
Sie meinen also, dass der Aufwind anhält und die Grünen hier in Hannover bei der Kommunalwahl im Herbst kräftig hinzugewinnen?

Eine konkrete Prognose verbietet sich, denn ein halbes Jahr ist noch zu lang. Wenn es der Bundesregierung bis dahin gelingt, beim Atomstrom einen Konsens zu erzielen, würde eine Anti-Atom-Kampagne der Grünen in Hannover wenig Mobilisierungskraft entfalten. Wenn die Bundesregierung in dieser Frage scheitert, gerät die Kommunalwahl auch zur Abstimmung über die Atompolitik. Auch die Nähe zum Kernkraftwerk in Grohnde beschäftigt die hannoverschen Wähler. Grundsätzlich aber haben die Grünen in urbanen Regionen die Möglichkeit, zu den Volksparteien aufzuschließen oder sogar stärkste Kraft zu werden. Das zeigen die Vergleiche mit Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen oder Hessen.

Wie nimmt der Wähler in Hannover die Grünen wahr?

Die Grünen hier werden nicht mehr als bloße Protestpartei angesehen, sie haben sich durch jahrzehntelange Beteiligung an der Stadtregierung als gestaltende Kraft etabliert. Dadurch werden sie als solider Partner wahrgenommen, als jemand, der auch kompromissbereit ist.

Gerade die lange Zeit des Mitregierens könnte sich aber als Manko erweisen. Fehlt den Grünen im Wahlkampf nicht ein Gegenüber, ein „Feind“, von dem sie sich absetzen können?



Erfolg für die Grünen auch zur Kommunalwahl im September? Politikwissenschaftler Lange traut das der Partei zu. Themen wie erneuerbare Energien und Atomausstieg, mit denen die Partei bereits 2008 zur Landtagswahl warb (Bild), sind heute aktueller denn je.

Die Grünen werden nicht gewählt, weil sie einen Feind haben, sondern sie bekommen Stimmen für ihre geleistete Politik. Wie gesagt, die Zeit der achtziger Jahre, in denen sie auf ein Feindbild angewiesen waren, sind vorbei. Auch wenn die Partei vielleicht manch sonderbar anmutende Konzepte entwickelt...

... wie in der Verkehrspolitik. Tempo 30 in der City, Tempo 40 auf bestimmten Hauptverkehrsstraßen, so steht es im neuen Wahlprogramm. Laufen da nicht die Wähler davon?

Solange die Grünen noch als Umweltpartei gelten, wird erwartet, dass sie ihre Thesen zuspitzen. Der harte Kern ihrer Wähler trägt das mit und die anderen ahnen, dass solche Forderungen ohnehin abgeschwächt werden, wenn die Grünen Regierungsverantwortung tragen und mit einer anderen Partei koalieren müssen. Die Frage ist aber, ob solche Forderungen nicht ein Hindernis auf dem Weg zur

Volkspartei sind. Die Grünen dürfen den Bogen nicht überspannen und müssen auch andere Politikfelder profilieren.

Welche könnten das sein?

Sie könnten sich einen Namen machen durch finanzpolitische Kompetenz oder durch eigene Ideen bei der Integrationspolitik.

Auf der anderen Seite könnte man den Grünen auch allzu große Bereitschaft zur Anpassung vorwerfen, etwa ihr „Ja“ zur Ansiedlung des Tierimpfstofflabors der Firma Boehringer. Werden dadurch nicht Wähler vergrätzt?

Die traditionellen Wähler der Grünen, also die Aktivisten, könnten das so sehen und tatsächlich abwandern, etwa zu den Linken. Aber mit solchen Kompromissen eröffnen sich die Grünen auch andere Wählerschichten, die weit ins bürgerliche Milieu hineinreichen. Für manche aus diesem Milieu sind die Grünen durchaus



Prof. Dirk Lange ...

... lehrt und forscht am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover. Sein Fachgebiet ist die politische Bildung, sein zentraler Forschungsgegenstand das Bürgerbewusstsein. 2009 kam der 46-Jährige nach Hannover, zuvor lehrte er an der Universität Oldenburg.

## Kommunalwahl 2006 Stadt Hannover

<b>SPD</b>	41 %
<b>CDU</b>	30,8 %
<b>BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN</b>	13,6 %
<b>FDP</b>	6,6 %

eine Alternative geworden, zumal die CDU in Großstädten wie Hannover ohnehin Probleme hat. In den Bereichen Familien- und Integrationspolitik wirken die Christdemokraten wie vom gesellschaftlichen Wandel getrieben. Sie stellen sich den Notwendigkeiten, entfalten aber wenig gestalterische Kraft. Die modernen Lebensformen auch konservativer Milieus stimmen in den Großstädten nicht mehr mit der Parteiprogrammatik überein.

Stichwort CDU: Die Christdemokraten machen den Grünen in Stadt und Region Avancen, die Ökopartei aber lehnt ein Bündnis strikt ab. Ein Fehler?

Die Grünen sind für die CDU nicht die erste Wahl für eine Koalition, dasselbe gilt auch umgekehrt. Wenn es keine Alternative gäbe, könnten die beiden Parteien aber durchaus zusammenkommen.

Interview: Andreas Schinkel